

Einmal wöchentlich, Preis: 1 Mark, 2 Mark, 3 Mark, 4 Mark, 5 Mark, 6 Mark, 7 Mark, 8 Mark, 9 Mark, 10 Mark, 11 Mark, 12 Mark, 13 Mark, 14 Mark, 15 Mark, 16 Mark, 17 Mark, 18 Mark, 19 Mark, 20 Mark, 21 Mark, 22 Mark, 23 Mark, 24 Mark, 25 Mark, 26 Mark, 27 Mark, 28 Mark, 29 Mark, 30 Mark, 31 Mark, 32 Mark, 33 Mark, 34 Mark, 35 Mark, 36 Mark, 37 Mark, 38 Mark, 39 Mark, 40 Mark, 41 Mark, 42 Mark, 43 Mark, 44 Mark, 45 Mark, 46 Mark, 47 Mark, 48 Mark, 49 Mark, 50 Mark, 51 Mark, 52 Mark, 53 Mark, 54 Mark, 55 Mark, 56 Mark, 57 Mark, 58 Mark, 59 Mark, 60 Mark, 61 Mark, 62 Mark, 63 Mark, 64 Mark, 65 Mark, 66 Mark, 67 Mark, 68 Mark, 69 Mark, 70 Mark, 71 Mark, 72 Mark, 73 Mark, 74 Mark, 75 Mark, 76 Mark, 77 Mark, 78 Mark, 79 Mark, 80 Mark, 81 Mark, 82 Mark, 83 Mark, 84 Mark, 85 Mark, 86 Mark, 87 Mark, 88 Mark, 89 Mark, 90 Mark, 91 Mark, 92 Mark, 93 Mark, 94 Mark, 95 Mark, 96 Mark, 97 Mark, 98 Mark, 99 Mark, 100 Mark.

Sächsische Volkszeitung

Tagesszeitung für christliche Politik und Kultur

Sonnabend, 8. November 1924

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Kaufverträgen u. Leistung v. Schadenersatz für unentgeltlich u. d. Fernspre. übermittelte Anzeigen übernahmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. mit Rücksicht nicht versicherte Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Druckstunden der Redaktion 6 bis 8 Uhr nachmittags. Druckverleger: Dr. Josef Albert, Dresden.

Verkaufspreis der Sächsische Volkszeitung und Zeitungs- und Anzeigen-Verkaufsstellen in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Zwickau, Bismarckstr. 14, Dresden, 14772.

Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben • Redaktion der Sächsische Volkszeitung, Dresden, 14, Bismarckstr. 14, Dresden, 14772.

Wahlkampf — Kulturkampf

Der Fall Wensberg.

Von Fr. Schlang.

Deutschland steht im Zeichen des Wahlkampfes, dem diesmal eine ganz besondere Bedeutung zukommt; denn es handelt sich bei den jetzigen Wahlen nicht allein um die Frage, in welche Bahnen die Politik des Reiches in Zukunft gelenkt werden soll, sondern, da gleichzeitig die Parlamentswahlen in Preußen stattfinden, auch um die Neuorientierung in Preußen. Das ist für die rheinischen Katholiken von ganz hervorragender Wichtigkeit. Aber auch für den ganzen deutschen Katholizismus, da Preußen das wichtigste Glied im Reiche ist und bleibt.

Preußen ist, trotzdem Zentrumsmänner und Sozialisten seit 1918 an der Spitze stehen, das klassische Land der Imperialität. Die Verwaltung ist starkreaktionär geblieben. Wenn auch aus den noch dem Kooperationsvertrag zur Regierung gelangten Parteien einzelne Männer in einflussreiche Stellungen gekommen sind, so ist das Gros der Verwaltung doch immer noch konservativ-protestantisch.

Im vorvergangenen Preußen hatte ja der katholische Volksteil so gut wie gar keinen Anteil an der Verwaltung, und heute noch ist das nicht viel besser geworden; denn wie der in diesen Tagen bestinformierte preussische Landtagsabgeordnete Herr in Preußenparlament sagte, sind auch heute noch 80 Prozent der gesamten Beamtenstellen in konservativ-protestantischen Händen. Die in den letzten Tagen in die Presse gelangten Entwürfe, wie auch die Ausführungen des Zentrumsgesandten Dr. Bell auf dem Reichsparteitag in Berlin, zeichnen mit erschreckender Deutlichkeit, wie überall im Reiche und in Preußen die katholische Konfession zurückgesetzt wird.

Seit 100 Jahren klagen vor allem die rheinischen Katholiken über eine schreiende Injustiz und eine unerbittliche Intoleranz. Der Kulturkampf hat nie ganz aufgehört und, wenn er mal einige Zeit nicht so deutlich in die Erscheinung trat, so waren die zu lösenden großen Probleme der Außen- und Innenpolitik der Ablenkungswegenstand.

Darüber dürfte aber kein Zweifel bestehen, daß nach der der außenpolitischen Verhängung folgenden innenpolitischen Konföderation von neuem der Kampf um die kulturpolitischen Ideale beginnen wird. Und auch darüber dürfte man sich allgemein klar sein, daß dieser Kampf mit unerbittlicher Schärfe ausgetragen werden wird. Wir beobachten bereits seine Vorboten: die immer wieder hervortretende Sache des Evangelischen Bundes, die er, dessen Programm einzig und allein ist: „Kampf dem Katholizismus bis aufs Messer“, in allen Teilen des Reiches gegen die katholische Religion in Szene setzt und die sich im Falle Wensberg recht drastisch zeigt. An Erinnerung ist uns noch, wie auf der Münchener Generalversammlung des E. B. zum Sturm gegen den Katholizismus beschlossen wurde, während die gleichzeitige taunende Kundgebung in Hannover zum Frieden aufrief. Seitdem reifen die Absichten des Bundes durchs Reich und werden nicht müde, die Katholiken in allerhöchster Weise anzugreifen, zu verächtlichen und zu verleumdenden. Wir werden morgen in einem eigenen Artikel auf die Sache des Evangelischen Bundes speziell in der Diözese eingehen. (D. Red.).

Es bedeutet nun den Gipfel der Unverschämtheit, wenn über Zurückziehung der Protestanten Klage geführt wird, während doch 90 Prozent aller Beamtenstellen in Preußen in protestantischen Händen sind und in den anderen Ländern das Verhältnis ein ähnliches ist, wenn man sich über die Besetzung der katholischen bedient, während 100 Jahre lang am Rhein die Katholiken die Entschiedensten und Staatsbürger zweiter Klasse waren und es heute noch sind. Wenn hauptsächlich katholische Kanäle und Wälder das Reich vor dem Auseinanderfallen und vor ähnlichen Zuständen bewahren, so ist das allerdings eine nicht hoch genug anzuschlagende Tat, aber es war ja doch den Protestanten unbenommen, ihrerseits Persönlichkeiten hier vorzusetzen. Aber es fanden sich keine.

Wir wollen im Rheinland ein Bild zu fassen von dem Terrain, den die „protestantische“ Kultur und ihre Träger, die ostpreussischen Beamten, brachen. Die systematische Entkatholisierung war das Ziel und Ende des alten Staates. Darum sollte man protestantische Beamte in die kleinsten Dörfer, darum sollten die Oberlehrer im Rheinland die reichen Rheinländerinnen befragen, damit Mischlingen zuträbe kamen, darum die vom protestantischen Geiste beeinflusste Erziehung an Gymnasien und Universitäten.

Und dann das Netz von Ordensniederlassungen! Warum dürfen katholische Männer und Frauen nicht zusammenleben? Sind sie nicht auch deutsche Staatsbürger? Sollen für sie besondere Gesetze gelten? Wem tun sie etwas zuleide, die Männer und Frauen, deren Lebensaufgabe darin besteht, für das Seelenheil ihrer Mitmenschen besorgt zu sein, damit sie nicht in den Schlamm der Immoralität und Autoritätslosigkeit gezogen werden, der den Staat in seiner Existenz bedroht.

Der Fall Wensberg endlich, von dem der Evangelische Volksbote sagt, daß wenig gefehlt hätte und den Jesuiten wäre die ehemalige Kadettenanstalt, das herrliche Schloß Wensberg, durch einen Pachtervertrag auf 99 Jahre überlassen worden, und daß es nur durch ernste Anstrengungen gelungen sei, dieses

Mary ermäßigt die Steuern

Wichtige Kabinettsbeschlüsse

Kaufbau statt Abbau. — Verbesserung der Gehälter. — Wahrung der Wirtschaft.

Berlin, 7. November. Das Reichskabinett behandelte sich in seiner Sitzung vom 6. November mit einer Reihe dringender Fragen, deren Lösung auf dem normalen gesetzlichen Wege durch die Auflösung des Reichstages verhindert worden ist. Die Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Marx stattfanden, führten zu folgendem einstimmig festgestellten Ergebnis:

In der auf Antrag des Finanzministers vom Kabinett bereits grundsätzlich beschlossenen Steuerermäßigung erblühte die Reichsregierung nur einen Teil der durchgreifenden Reformarbeiten, die sofort in Angriff genommen werden müssen, nachdem durch Bewirtlichung der 800 Millionen Anleihe die Ausführung des Sachverständigenratsgutachtens gesichert ist. Ein Teil der erforderlichen Maßnahmen kann auf dem Verwaltungswege schon jetzt getroffen werden. Ein anderer soll so weit vorbereitet werden, daß er durch die künftige Reichsregierung dem neuen Reichstage sofort zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Im Verwaltungswege sollen die Schulbeschlüsse und Änderungen auf dem Gebiete des Personalabbaus, die der Reichstag in Aussicht genommen hatte, durchgeführt werden, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Insbesondere soll mit Ablauf dieses Monats der allgemeine Abbau eingeleitet werden. Nur noch bei einzelnen Verwaltungen, die bisher im Abbau behindert waren, soll mit Zustimmung des Reichsrates und des Hauptauschusses des Reichstages ein weiterer Abbau stattfinden.

Die Reichsregierung wird ihre Bemühungen auf Senkung der Preise weiter fortsetzen, weil sonst alle Bemühungen um eine endgültige Verbesserung der Gehälter und Pensionspläne erfolglos bleiben müssen. Außerdem beabsichtigt die Reichsregierung, eine maßvolle allgemeine Verbesserung der Beamtengehälter zum Zwecke ihrer weiteren Annäherung an die Friedensnominalgehälter sobald wie möglich durchzuführen.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die Herabsetzung der Auslandsanleihe von 800 Millionen Mark, die Wiedererlangung der handelspolitischen Freiheit des Reiches, endlich die Tatsache, daß die uns vom Auslande auferlegten Lasten jetzt einigermaßen übersehen werden können, haben nunmehr die Möglichkeit geschaffen, auch der Milderung der durch den Kriegsausgang und die Geldentwertung hervorgerufenen Not näherzutreten. Dabei kann nunmehr über die früher in Aussicht genommene Orientierung auf die bestmögliche Stelle im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen hinausgegangen werden. Diebenötigsten Vorstöße unterliegen der Prüfung der Reichsregierung. Erprobung neuer Gewinnformen sollen dabei ausgeschlossen werden. Die Forderungen aus diesen Maßnahmen für die Länder und Gemeinden zu gleichen, wird erst möglich sein, wenn über den Finanzausgleich durch den neuen Reichstag endgültig entschieden ist, da der jetzige Finanzzustand einer Reihe von Gemeinden durchaus vorübergehender Natur sein dürfte. Die Reichsregierung erwartet, daß auch diese Maßnahmen zur Befriedung des Volkes und Wirtschaftskämpfers beitragen werden.

Stresemann verteidigt die Politik der Mitte

Berlin, 7. November. Auf Einladung der Deutschen Volkspartei sprach gestern Reichsaussenminister Dr. Stresemann in den beiden großen Sälen der Stadt über die politische Lage. In der, auf den Gedankengang seiner Frankfurter Ausführungen aufbauenden Rede wandte er sich besonders gegen die Kritik, die von dem demokratischen Teile an seiner Politik geübt wurde. Man stelle seine Politik hin als eingebenen von Opportunismusgeistes. Seine Außenpolitik sei erzwungen worden gegen die öffentliche Meinung, die erst nach langen Kämpfen die Zweidrittelmehrheit des Reichstages für die Annahme der Dawesgesetze ergeben habe. (Das ist von Anfang an die Grundanschauung der Zentrumspartei gewesen. D. Red.) Er habe sich bewußt eingestellt auf eine Politik der weltwirtschaftlichen Verständigung, selbst als viele Kreise seiner eigenen Partei nicht mehr mit ihm gehen

Verhängnis vorläufig abwenden, ist ein klassisches Beispiel dafür, welche Blüten der Haß gegen Rom und Jesuiten bereits gezeitigt hat. Der preussische Kultusminister will eine „staatliche Bildungsanstalt“, ein paritätisches, soll heißen „familiales, Internat aus Schloß Wensberg machen, also in Wirklichkeit ein protestantisches Erziehungsinstitut, da die Katholiken nie und nimmer ihre Kinder in eine solche Anstalt schicken, die, wie die Erfahrung lehrt, ihre Kinder protestantisch erzieht. Ein interkonfessionelles Internat ist ein Unfuss und widerspricht den katholischen Erziehungsgrundsätzen durchaus. Es ist doch selbstverständlich, daß, wenn der Unterricht, und nicht nur dieser, sondern die Beaufsichtigung und Erziehung außerhalb der Schulstunde, ja das ganze Leben und Treiben der Kinder, von protestantischen Erziehern geleitet wird, der ganze Geist der Erziehung ein protestantischer und kein katholischer ist. Und somit gehen die Kinder ihrem Glauben verloren. Eine neutrale Erziehung gibt es überhaupt nicht. Daran ändert auch der deutschnationale Vorstoß, „Familien“ innerhalb des Internates zu gründen, nichts. Nicht umsonst sind unter den Besuchern der sechs ehemaligen Kadettenhäuser und jetzigen staatlichen Bildungsanstalten noch keine 3 Prozent katholisch.

wollten. Es gebe keine demokratische und konfessionelle Außenpolitik, sondern es könne für jeden Außenminister nur eine Außenpolitik geben, die die Lebensinteressen des deutschen Volkes wahre, indem sie sich weder von der Illusion einer Macht- und Revanchepolitik, noch von der Illusion einer allgemeinen Völkerverbrüderungspolitik leiten lasse.

In bezug auf die innere Politik wies der Außenminister darauf hin, daß in der Frage der Reichsentscheidung seine demokratischen Ministerkollegen den gleichen Standpunkt vertreten hätten, wie er selbst. Sollten die Demokraten also objektiv sein, so müßten sie die Angriffe, mit denen sie ihn überschütteten, auch gegen ihre eigenen Vertrauensmänner im Kabinett richten. Der Außenminister räumte dann noch die Verdienste des Reichsfinanzministers um die Erhaltung der Rentenmark. Nachdem man jetzt die Auslandsanleihe habe, sei auch das Kabinett gewillt, positive Vorstöße in der Währungsfrage zu machen. Alles ungeschickte zu machen sei unmöglich, aber das größte Unrecht wieder gut zu machen sei des deutschen Volkes Pflicht. Auf dieser Grundlage müßten auch die Parteien zusammenarbeiten.

Das Kabinett Baldwin-Chamberlain

London, 7. November. Die Zusammensetzung des englischen Kabinetts ist die folgende:

- Ministerpräsident und Erster Lord des Schatzes: Baldwin
- Außenminister: Austen Chamberlain
- Finanzen: John Simon
- Wirtschaftsamt: Sir Steele Halliday
- Handwerker: Lord Cave
- Handwerker: Winston Churchill
- Werkbau: Edward Wood
- Erster Lord der Admiralität: Fielden
- Waldwirtschaftsminister: Lord Salisbury
- Kolonialminister: Amery
- Arbeitsminister: Evans
- Staatssekretär für Indien: Lord Birkenhead
- Postminister: Sir Samuel Hoare
- Handelsminister: Philip Lloyd George
- Waldwirtschaft: Neville Chamberlain
- Interieur: Cuffey Percy
- Waldwirtschaft General: Sir Douglas Haig.

Der König hat die vorstehende Ministerliste genehmigt.

London, 7. November. In kleinen politischen Kreisen hat die Ernennung Chamberlains zum Außenminister allgemein beifällig aufgenommen. Man erwartet von ihm, daß er die englische Außenpolitik wieder in ein ruhiges Fahrwasser zurückführt. Seine gleichzeitige Ernennung zum Führer des Unterhauses bedeutet die Fortsetzung des von Lord Curzon eingeschlagenen Grundgedankens der Trennung des Postens vom dem des Premierministers.

Die Ernennung Churchills wird als Sensation aufgefaßt. Da Churchill ein überaus alter Anhänger des Reichsaussenministers ist, kann angenommen werden, daß kein Haushalt durchgesetzt wird, der auch nur im geringsten das Reichsaussenministerium beeinträchtigt. Lord Birkenhead ist als General der gemeinsamen Unterdrückung der Nationalitäten Indiens bekannt.

Daß Sir Robert Horne übergeben wurde, wird als eine Beförderung des großen Staatsmannes angesehen, der einer der fähigsten und einflussreichsten Mitglieder der konservativen Partei ist. Es war zu erwarten, daß er in Baldwins Kabinett den Posten eines Schatzministers erhalten würde. Baldwin trat ihm aber den Posten des Arbeitsministers an, den Horne zurückwies. Baldwin verstärkte die Verleumdung, indem er das Arbeitsministerium einem Elchen, einem durchaus mittelmäßigen Politiker, übertrug.

Parlamentseröffnung am 2. Dezember

London, 7. November. Das neue englische Parlament tritt am 2. Dezember erstmalig zusammen, um die Vorlesungen zu erneuern und die Wideschlesmannen vorzunehmen. Die feierliche Eröffnung des Parlaments findet am 2. Dezember statt.

Es wäre nicht mehr wie recht und billig, wenn Schloß Wensberg, das in einer rein katholischen Gegend liegt, den Katholiken überlassen würde, nachdem bereits sechs ehemalige Kadettenanstalten in Wirklichkeit protestantische Erziehungsinstitute geworden sind. Wir bitten nicht um Schloß Wensberg, sondern wir verlangen es. Auch mit den Stützgrößen der Katholiken werden die staatlichen Bildungsanstalten, die jährlich 800 000 Mark kosten, unterhalten, und demnach bestehen wir mindestens auf einer Anstalt für katholische Erziehungswesen.

Der Fall Wensberg ist noch nicht erledigt, wie man in verschiedenen Kreisen annehmen scheint. Der deutsche Katholizismus war lange genug bedrückt und hat oft genug zu allem Unrecht, das ihm geschah, geschwiegen.

Den katholischen Wählern aber ist der Weg angewiesen, den sie zu gehen haben. Für jeden wahren Katholiken, der Augen hat zu sehen und Ohren hat zu hören, gibt es keinen Zweifel darüber, wenn er am 7. Dezember seine Stimme geben soll. In den Ohren klingt uns das Wort des „Völkischen Anzeiger“ (Jahrgang 1909), das die Völkischen und ihre deutschnationalen Führer nachbeten, daß nicht die rote, sondern die schwarze Gefahr für das Volk die größte ist.